



Inhalt

I. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für Brillen	1
1. Begründung	1
2. Beteiligung der Beihilfestellen an den Kosten der Pflegeberatung (§ 31 Abs. 4 BayBhV)	1
II. Neues auf Rehmnetz	2
Beamtenblog	2

I. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für Brillen

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München*

Die Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat am 14. Juli 2015, 14 B 13.654, entschieden, dass die im bayerischen Beihilferecht enthaltene Beschränkung der Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für Sehhilfen von Erwachsenen, nicht mit der verfassungsrechtlich gewährleisteten Fürsorgepflicht des Dienstherrn vereinbar sei. Dem Urteil lag die Klage eines Beihilfeberechtigten mit einer erheblichen Einschränkung der Sehfähigkeit (-10 dpt. bzw. -12 dpt.) zugrunde, der Beihilfeleistungen zu den Kosten einer Gleitsichtbrille beantragt hatte. Bereits im Newsletter 09/ 2015 wurde auf diese Entscheidung hingewiesen. Zwischenzeitlich liegen auch die Urteilsgründe vor.

1. Begründung

Nach Auffassung des BayVGH ist der bzgl. der Aufwendungen für Sehhilfen von Erwachsenen festgelegte Teilausschluss bei Bestehen einer gravierenden Sehschwäche nichtig, da dieser gegen das verfassungsrechtlich verankerte Fürsorgeprinzip verstößt. Demnach sind auch im Fall einer gravierenden Sehschwäche die Aufwendungen für Sehhilfen, die beihilfeberechtigten oder berücksichtigungsfähigen Personen nach Vollendung des 18. Lebensjahr entstanden sind, dem Grund nach beihilfefähig.

Allerdings hat der BayVGH auch in Fällen einer gravierenden Sehschwäche die Beschränkung der Beihilfefähigkeit der Anschaffungskosten für Sehhilfen auf die in § 22 BayBhV enthaltenen Höchstbeträgen bestätigt. Insoweit waren von den tatsächlichen Kosten des Klägers in Höhe von rd. 1.000 € nur rd. 332 € beihilfefähig.

Als Konsequenz dieser Rechtsprechung ist die Anpassung der Bayerischen Beihilfeverordnung in Bezug auf Erwachsene mit einer gravierenden Sehschwäche vorgesehen. Im Vorgriff auf diese Änderung hat das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat entschieden, dass bereits heute bis zum Inkrafttreten einer Verordnung zur Änderung der BayBhV bei der Abrechnung von Aufwendungen von Sehhilfen bei Personen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayBhV in einer erweiterten Fassung zur Anwendung kommen soll: Neben den bekannten Ausnahmetatbeständen (Buchst. a bis d) wird ein weiterer Ausnahmetatbestand (Buchst. e) eingeführt (gravierender Sehschwäche ab -10,0 dpt). Diese Erweiterung ist bei Aufwendungen für Sehhilfen anzuwenden, die seit dem 14. Juli 2014 beschafft wurden. Soweit erforderlich ist im Rahmen der Festsetzung von der Anwendung der Jahresfrist (Art. 96 Abs. 3 a BayBG bzw. § 48 Abs. 6 BayBhV) abzusehen.

Da es im Beihilferecht des Bundes und anderer Länder den Regelungen des § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayBhV vergleichbare einschränkende Abrechnungsvorgaben bzgl. der Beihilfefähigkeit von Sehhilfen für Erwachsene gibt, ist die Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung. Insoweit bleibt abzuwarten, ob und ggf. welche Konsequenzen der Bund und die betroffenen Länder aus dieser Entscheidung ziehen werden.

2. Beteiligung der Beihilfestellen an den Kosten der Pflegeberatung (§ 31 Abs. 4 BayBhV)

Nach den Vorgaben des § 7a SGB XI haben Pflegebedürftige seit 1. Januar 2009 neben dem Anspruch auf Pflegeleistungen auch Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch unabhängige Pflegebera-



ter. Für privat pflegeversicherte Personen wird diese unabhängige Beratung durch die COMPASS Private Pflegeberatung GmbH (COMPASS) durchgeführt. Auch bei beihilfekonform privat pflegeversicherte Personen erfolgt die Beratung durch diese Einrichtung.

Da die Pflegeberatung aus der Sicht der Betroffenen kostenfrei erfolgen soll, ist eine Beteiligung der Beihilfe an den Kosten der genannten Pflegeberatung unmittelbar gegenüber der COMPASS GmbH erforderlich. Im Rahmen der 3. Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 29. Juli 2014 wurde die rechtliche Grundlage für die unmittelbare Überweisung der zustehenden Beihilfeleistungen zwischen der jeweils zuständigen Beihilfefestsetzungsstelle und der COMPASS GmbH geschaffen.

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat hat mit Schreiben 28. September 2015, 25 P 1820-16/3, nähere Hinweise zur Umsetzung gegeben. Damit können nunmehr für jede Pflegeberatung, die seit 1. Oktober 2015 in der häuslichen Umgebung der pflegebedürftigen Person von der COMPASS GmbH erbracht wird, Beihilfeleistungen gewährt werden. Die festgesetzte Beihilfeleistung ist von der jeweiligen Beihilfefestsetzungsstelle unmittelbar an die COMPASS GmbH zu überweisen.

Dadurch wird auch bei pflegebedürftigen Beihilfeberechtigten bzw. deren Angehörigen der Eindruck der Kostenfreiheit gewahrt.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Flüchtlingskrise II: Dienstbefreiung und Sonderurlaub für Beamte](#)

[Flüchtlingskrise I: Reaktivierung von Beamten mit finanziellen Anreizen unumgänglich](#)

[Beamte in der Schweiz und in Österreich](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 144,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Online-Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland sehr nützlich.

Das besondere Plus: Steigen Sie jetzt zum Aktionspreis ein! Für alle Bestellungen bis 31.12.2015 gewähren wir einen Rabatt von 50% auf die erste Quartalsrechnung!



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.424 Seiten

Loseblattwerk in 4 Ordnern

ISBN 978-3-8073-0014-6

€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.